Anara Tabyschalijewa

Der politische Islam in Kirgisistan

Die Situation in Kirgisistan hat sich infolge der Ereignisse des 11. September erheblich verändert. Durch sie wurde ein kleines Binnenland in den internationalen Kampf gegen religiösen Terrorismus in Afghanistan verwickelt. Auf dem Flughafen Manas, der sich in der Nähe der Hauptstadt befindet und der Koalition als Stützpunkt dient, sind amerikanische und französische Truppentransportflugzeuge sowie 1.900 Soldaten und Offiziere aus elf Ländern stationiert.
Der vorliegende Beitrag untersucht die derzeitige religiöse Situation und die Herausforderungen des politischen Islam in Kirgisistan.

Hintergrund

Die postsowjetischen Staaten Zentralasiens sind, was die religiöse Koexistenz anbelangt, in eine Krise geraten, für deren Bewältigung sie nicht hinreichend gerüstet sind. In sowjetischer Zeit wurde der Islam seiner intellektuellen Substanz beraubt und überlebte hauptsächlich in seinen rituellen und traditionellen Formen. Das Sowjetsystem verhinderte die Modernisierung des Islam, da die fortschrittlichsten islamischen Führer zum Schweigen gebracht oder ausgelöscht worden waren. Die Region war von der übrigen muslimischen Welt abgeschnitten und blieb so, was fortschrittliches islamisches Gedankengut anbelangt, zurück. Die zentralasiatischen Muslime sind heute zwar weit davon entfernt sich zu politisieren und kämpfen auch nicht für einen Gottesstaat; dennoch ist es offensichtlich, dass der Islam sich modernisieren muss, soll er in den postsowjetischen Republiken praktikabel sein. Unter den Sowjets erzwang die militärisch und zentral kontrollierte Verwaltungsmaschinerie den Massenatheismus und trug damit zur Unterdrückung religiöser Konflikte bei. Mit dem Zerfall der Sowjetunion verschwanden diese Kräfte jedoch; Zentralasien wurde erstmals zu einer Arena für den Wettstreit zwischen Dutzenden religiöser Gruppen. Muslime, im Sowjetstaat immer nur eine Minderheit in einem riesigen Reich, sind seit dem Ende der „russischen Periode“ in Zentralasien in der Mehrheit.[1]
Derzeit sind über 80 Prozent der fünf Millionen Einwohner Kirgisistans Muslime: Kirgisen, Usbeken, Tataren, Tadschiken, Kasachen, Uiguren, Dunganen (chinesische Muslime) und andere. Aufgrund der Auswanderung vieler Russen und des Zustroms von Flüchtlingen aus Tadschikistan, aber auch infolge der hohen Geburtenrate in der muslimischen Bevölkerung wird der An-

1 Vgl. Anara Tabyshalieva, Central Asia: Polarization of Religious Communities. The Center for Political and Strategic Studies, unter: http://www.cpss.org/casianw/perca0697.txt.

teil der Muslime allmählich weiter steigen. Die Reislamisierung in Kirgisistan zeigt sich vor allem an der raschen Zunahme der Zahl der Moscheen. Nach offiziellen Angaben der staatlichen Kommission für Religionsangelegenheiten vom Januar 2002 gibt es derzeit 1.388 Moscheen, 22 Medressen (religiöse Schulen und Hochschulen) und acht Islam-Institute in Kirgisistan. Hunderte junger Kirgisen halten sich zum Studium des Islam an ausländischen Instituten und Universitäten auf. Die Veränderungen in den ländlichen Gebieten sind besonders beeindruckend: Jede Siedlung will ihre eigene Moschee, ehemalige Parteifunktionäre haben ihre Posten geräumt und sind Mullahs und jenen gewichen, die ihre Religiosität demonstrativ unter Beweis gestellt hatten und vom *Hadsch* (Wallfahrt nach Mekka) zurückgekehrt waren. Seit dem Zusammenbruch des militanten Atheismus besuchen Muslime wieder die heiligen Stätten, fasten, befolgen in der Öffentlichkeit islamische Rituale, lassen junge Paare sich sowohl standesamtlich als auch nach religiösem Ritus, *Nikah,* trauen - all diese Trends muten wie eine Rückkehr zur Normalität an.

Die Religiosität der Muslime in Kirgisistan wird von einheimischen und ausländischen Journalisten, Politikern und Behörden oftmals absichtlich oder unabsichtlich übertrieben. Im Vergleich zu anderen Regionen Kirgisistans sind die Muslime im Süden (der Teil des Ferganatals ist) traditionell religiöser. Aber selbst im Ferganatal können nur wenige Muslime Arabisch lesen. Da die Gebete jedoch in arabischer Sprache verfasst sind, können die meisten sie nicht verstehen und lesen usbekische oder kirgisische Übersetzungen des Koran. Nach einer Erhebung des Instituts für Regionalstudien aus dem Jahre 1998 ist mehr als die Hälfte der befragten Haushalte im Süden Kirgisistans im Besitz des Koran.[2] Das ist allerdings nicht unbedingt ein Kriterium für den Grad der Religiosität. Der Besuch von Moscheen ist aufschlussreicher: 23 Prozent der Befragten im Süden des Landes besuchen mindestens einmal im Monat die Moschee, darunter doppelt so viele Usbeken wie Kirgisen. Ein anderes Kriterium für Religiosität ist die Einstellung zu religiösen Feiertagen und zum Fasten: Etwa 70 Prozent der Befragten im Süden des Landes halten sich an die Fastenzeit im Ramadan (*Orozo*). Auch darunter befinden sich mit 86 Prozent wieder mehr Usbeken als Kirgisen mit 62,1 Prozent. Der Unterschied in der Religiosität zwischen einem ehemals nomadischen (Kirgisen) und einem sesshaften (Usbeken) Volk lässt sich auf eine Reihe historischer und kultureller Faktoren zurückführen. Darüber hinaus gibt es in einigen Orten die Tendenz zur Trennung von Moscheen und Medressen nach ethnischer Zugehörigkeit, was ethnische Spannungen, hervorgerufen durch den Wettstreit, wer die „besseren Muslime“ sind, verschärfen kann.

Rituelle Formen des Islam vermischt mit tiefverwurzelten lokalen Kulten, die als muslimisch gelten, sind für die einheimische Bevölkerung von besonderer Bedeutung. Dies erklärt zum Teil, warum alle aufgezwungenen Ideologien

2 Die Befragung wurde 1998 vom Institut für Regionalstudien für den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten durchgeführt.

und fremden Missionierungsversuche, einschließlich des Kommunismus und des neu „importierten“ Wahhabismus oder der Ideen der *Hizb ut-Tahrir* und anderer Gruppen, gescheitert sind. Insgesamt haben alle Versuche von Missionaren aus muslimischen Ländern, ihr jeweils eigenes Islam-Modell in Kirgisistan einzuführen und dabei die dortigen lokalen Traditionen zu verleugnen, nur sehr geringen Erfolg. Die Bevölkerung praktiziert zunehmend ihren eigenen traditionellen Islam, zu dem als wichtiger Bestandteil die Verehrung heiliger Stätten gehört. Seit Jahrhunderten spielen Heiligtümer im Leben der dortigen Gläubigen, insbesondere der Frauen, eine bedeutende Rolle. Das wichtigste ist der Thron des Suleiman (*Tacht-i Suleiman*) in Osch, der zu den muslimischen Festen Tausende von Pilgern anzieht.[3] Das Netz der zahlreichen Heiligtümer in Zentralasien nimmt keine Rücksicht auf die neuen Grenzen der postsowjetischen Länder. Das Ferganatal, das von allen zentralasiatischen Regionen am dichtesten mit muslimischen Gläubigen besiedelt ist und die meisten heiligen Stätten in ganz Zentralasien aufweist, ist zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan aufgeteilt. Hier befindet sich eine beträchtliche Anzahl heiliger Stätten in unmittelbarer Nähe der Grenzen dreier Staaten. Die Bevölkerung der drei Teile des Tals besuchte die heiligen Stätten jahrhundertelang ungeachtet irgendwelcher Grenzen. Da heute mehrere Stätten, die allen Muslimen in Zentralasien heilig sind, in verschiedenen Staaten liegen und darüber hinaus der freie Personenverkehr unter dem Vorwand der Bekämpfung von religiösem Terrorismus immer weiter eingeschränkt wird, sind viele Pilger gezwungen, auf ihre traditionellen Wallfahrten zu den Heiligtümern zu verzichten. Das Problem der Verwaltung heiliger Stätten entlang internationalen Grenzen dürfte sich in absehbarer Zeit auf der Tagesordnung der regionalen zwischenstaatlichen Beziehungen sowie irredentistischer Bewegungen wiederfinden.

Radikale islamische Bewegungen

Hizb ut-Tahrir

Sowohl *Hizb ut-Tahrir* (Partei der islamischen Befreiung) als auch die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), beides radikale islamische Organisationen, propagieren „eine gerechte Gesellschaft im Einklang mit islamischen Traditionen“.[4] Die religiös-politische Partei *Hizb ut-Tahrir al Islami* wurde 1953 in Jerusalem nach der Aufspaltung der *Jamiat al-Ikhwan al-Moslemin* gegründet. Ihr oberstes Ziel ist die Errichtung eines einzigen islamischen Staates, des „Kalifats“, durch ideologische Bewusstseinsbildung. Die Bekeh-

3 1959 sprach der Mufti in Taschkent eine besondere *Fatwa* gegen die Pilgerfahrten zu dieser Stätte aus. Sie wurde 1963 geschlossen und das Grab Suleimans wurde zerstört. Heute kommen jedoch wieder Pilger hierher.

4 Siehe auch die Website von *Hizb ut-Tahrir*: http://www.hizb-ut-tahrir.org.

rung verläuft in zwei Stufen: Einer (a) allgemeinen Anleitung folgt (b) die politische Erziehung. Die Parteimitglieder schwören, am *Dschihad* („Heiliger Krieg“) teilzunehmen. Die Partei operiert unter strenger Geheimhaltung in Zellen von drei bis zehn Leuten. Sie übersetzen die 23 Bücher des Parteigründers, in denen die grundlegenden Ideen, Ziele und Methoden, mit denen diese erreicht werden sollen, dargelegt sind und das zukünftige Staatssystem beschrieben wird, in die Sprachen der Völker Zentralasiens. Zitate aus dem Koran und den *Hadiths* (überlieferte Sprüche des Propheten) werden tendenziös ausgewählt, die Geschichte des Kalifats und der muslimischen Welt wird unwissenschaftlich und ohne sich an die historischen Fakten zu halten präsentiert. Die Partei lehnt Konzepte wie Nationalstaatlichkeit und Demokratie ab und verurteilt, was die Außenpolitik anbelangt, die Zusammenarbeit muslimischer Führer mit dem Westen und insbesondere mit Israel scharf.[5]

Zu den ehrgeizigen Plänen der *Hizb ut-Tahrir* gehört die Schaffung eines gemeinsamen islamischen Staates, der neben den zentralasiatischen Republiken der GUS die muslimischen Regionen Russlands und auch den Nordkaukasus umfasst. Ihre konspirativen Zellen sind in fast allen zentralasiatischen Staaten aktiv. Die Analyse von Flugblättern, die in usbekischer, kirgisischer und russischer Sprache verfasst und unter den Einheimischen verteilt worden waren, ergab, dass trotz des langweiligen Inhalts und eines naiven Aufrufs zur Schaffung eines neuen idealen islamischen Staates die darin enthaltene Kritik an den Regierungen Gehör finden könnte, da es ansonsten keinerlei Möglichkeiten gibt, Unzufriedenheit mit sozialen und wirtschaftlichen Missständen zu artikulieren. Wiederholt aufgetauchte antisemitische Flugblätter der extremistischen *Hizb ut-Tahrir* deuten auf nur geringe Kenntnis der örtlichen Besonderheiten in der zentralasiatischen Region hin, in der die Menschen einheimischen und während des Zweiten Weltkriegs zugewanderten Juden traditionell freundlich gesonnen sind.

Trotz gut organisierter Untergrundarbeit gibt sich eine unbedeutende Zahl von Anhängern der *Hizb ut-Tahrir* in der Provinz Karasu in der Nähe der Stadt Osch und in der Region Dschalalabad zu erkennen. Die meisten Mitglieder und Sympathisanten der *Hizb ut-Tahrir* sind ethnische Usbeken, die an der Grenze zu Usbekistan leben und ein Interesse an grenzüberschreitendem Handel und Verkehr haben. Weitere Repressionen gegen die ethnisch zumeist usbekischen Mitglieder der *Hizb ut-Tahrir* durch die kirgisischen Strafverfolgungsbehörden könnten trotz der Aufrufe der Fundamentalisten zur Vereinigung aller Muslime zu interethnischen Spannungen führen. Alarmierend ist auch die Tendenz der Bewegung, Wahlen und jegliche politische Beteiligung am gesellschaftlichen Leben zu boykottieren. Insgesamt kann die kleine Gruppe von *Hizb ut-Tahrir*-Mitgliedern die tatsächliche religiöse Situation im Süden des Landes jedoch nicht ernsthaft verändern. Sie scheint ihre Mitgliedschaft vielmehr dazu zu nutzen, sozialen und politischen Protest zu

5 Vgl. Ashirbek Muminov, Traditional and Modern Religious-Theological Schools in Central Asia, unter: http://www.ca-c.org/dataeng/09.muminov.shtml

kanalisieren. Repressionen von Seiten der Regierung und die Inhaftierung von rund hundert ihrer Mitglieder verleihen der Bewegung, die es gewagt hat, die Schwächen der derzeitigen Führung zu kritisieren, allerdings nur noch mehr Popularität.

Die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU)

Die IBU ist eher eine regionale politische Bewegung gegen die Regierung als eine ideologisch-religiöse Vereinigung. Die Mitglieder der IBU haben nur sehr vage Pläne für die Schaffung eines islamischen Staates; was sie vereint, sind Repressionen und die Deportation aus Usbekistan.
Die religiös-politischen Gruppen *Islam Lashkari* (Soldaten des Islam) und *Tovba* (Reue) traten erstmals in der Nähe der kirgisisch-usbekischen Grenze in der Stadt Namangan im usbekischen Teil des Ferganatals in Erscheinung und hofften nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das gesellschaftliche Leben nach dem Gesetz der Scharia neu gestalten und die staatliche Miliz ersetzen zu können. Nach dem Verbot religiöser Parteien und der Unterdrückung religiös-politischer Gruppen im März/April 1992 schlossen sich die aus Usbekistan geflohenen Mitglieder dieser Gruppen der Vereinigten Tadschikischen Opposition (VTO) an und gründeten später die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU), die ein Ausbildungslager für usbekische Kämpfer in Tadschikistan unterhält.[6] Entsprechend dem „Allgemeinen Abkommen“, das 1997 von der tadschikischen Regierung, der VTO und den Vereinten Nationen unterzeichnet worden war, kündigte die VTO ihre Entwaffnung und ihre Umwandlung von einer militärischen in eine politische Organisation an. Alle bewaffneten VTO-Mitglieder mussten bis zum 24. August 1999 ihre Waffen abgeben und sich entweder unverzüglich in die Zivilgesellschaft integrieren oder in die regulären Streitkräfte des Landes eintreten. Mehrere Hundert Kämpfer widersetzten sich der Anordnung und verließen auf der Suche nach einer neuen Operationsbasis Tadschikistan. Im Sommer und Herbst 1999 und 2000 fielen sie in zwei Gebirgsschluchten in der Provinz Batken in Kirgisistan ein. Die Freischärler nannten als Ziel den Sturz der Regierung in Usbekistan und die Errichtung eines islamischen Kalifats im Ferganatal unter der Führung des selbsternannten Emirs Tohir Joldosch, eines führenden Mitglieds der IBU. Ein Grund für die Überfälle der IBU ist die Publicity, die sie in Usbekistan nicht erhalten konnte. Dank der freien Presse in Kirgisistan berichteten die Nachrichtenagenturen in aller Welt über jeden Schritt der jungen Kämpfer, während in den unterdrückten usbekischen Medien keinerlei Informationen über die Überfälle der IBU und ihre Forderungen zu erhalten waren.
Vor den Angriffen der USA im Jahr 2001 befanden sich mindestens vier Lager der IBU in den afghanischen Provinzen Kundus, Balch und Samangan.

6 Vgl. Institute for War and Peace Reporting, Reporting Central Asia, Nr. 37, 24. Januar 2001.

Tohir Joldosch hielt die Verbindung zu den Camps aufrecht und koordinierte die Versorgung der Kämpfer und ihrer Familien, die in den Lagern lebten. Die Taliban-Regierung hatte keinen ernsthaften Grund, die Bewegung zu unterdrücken; wahrscheinlich erhielt die IBU auch Unterstützung von *Al-Qaida*. Lediglich eine von Dschuma Namangani angeführte Einheit der Bewegung schloss sich den Taliban an und kämpfte gegen die Nordallianz. Die Taliban-Führung berief Namangani in ihr Kommando im Norden Afghanistans, wo er eine Einheit von 10.000 Soldaten befehligte, die in Talokan, dem 60 Kilometer von der tadschikisch-afghanischen Grenze entfernt gelegenen Verwaltungszentrum der Provinz Tachar, operierte.[7]
Die Islamische Bewegung Usbekistans wurde im Jahr 2000 von den Vereinigten Staaten in die Liste internationaler terroristischer Organisationen aufgenommen. Dank der von den USA angeführten antiterroristischen Operation wurden die Einheiten der IBU zerstört und ihre Anführer wahrscheinlich getötet.

Missionierungsversuche aus dem Ausland

Es scheint, dass die Mehrzahl der ausländischen Missionare aus muslimischen und christlichen Ländern keinerlei Interesse daran hat, dass die hiesige Auslegung des Islam erhalten bleibt. Ihre Aktivitäten und ihre Großzügigkeit dienen vielmehr der Verbreitung ihres jeweils eigenen Religionsmodells und Verständnisses von Religion. Diese Art des Fundamentalismus- und Extremismusimports ist bislang noch kaum untersucht worden. Es gibt jedoch auch Spannungen zwischen den verschiedenen islamischen Gruppen im Ferganatal: Einige der von ausländischen Muslimorganisationen unterstützten „neuen Muslime“ betrachten sich selbst als die Verfechter des wahren Islam, der frei von heidnischen Kulten und Bräuchen und daher besser als traditionellere Gebräuche sei. Besonders alarmierend ist die Tendenz einiger Muslime, die Vielfalt des Islam zu leugnen und nur eine einzige Lesart des Islam als wahr und absolut anzuerkennen. Es ist geradezu paradox, dass junge Menschen nun da der wissenschaftliche Atheismus von den Lehrplänen der höheren Bildungseinrichtungen verschwunden ist - ohne allerdings durch geeigneten Unterricht in Religionsgeschichte ersetzt worden zu sein - immer weniger über die Vielfalt und das Wesen der Religionen, einschließlich Islam und Christentum, lernen.
In der Literatur wird mehrfach erwähnt, dass einige Gruppen in Pakistan und Saudi-Arabien die Aktivitäten von Missionaren und radikalen islamischen Gruppen finanzieren. Shireen Hunter weist darauf hin, dass nicht klar sei, ob

---

7 Vgl. AVN Military News Agency, Uzbek Islamic group’s training camps to remain in Afghanistan, Bericht der russischen AVN Military News Agency web site in englischer Sprache, in: AVN Military News Agency web site, Moscow, in English 0801 gmt 26 Dec 01./BBC Monitoring/BBC.

der saudi-arabische Staat selbst hinter der Finanzierung steckt oder ob das Geld aus privaten Quellen stammt.[8] Saudische Quellen nutzen zahlreiche Wohltätigkeitsfonds, internationale islamische Organisationen und Kulturzentren zur Weiterleitung von Hilfe. Eine der einflussreichsten von Saudi-Arabien unterstützten Gruppierungen ist ein Zweig der internationalen islamischen Organisation *Al-Igasa* mit Hauptsitz in Dschidda, die Mitglied der 1962 in Mekka gegründeten Islamischen Weltliga ist. Zahlreiche Missionare dieser Organisation sind Anhänger des Wahhabismus und fordern die Errichtung eines islamischen Staates im Nordkaukasus.[9] Das *Jamaat-e-Islami* unterhält enge Verbindungen mit Zentralasien. In seinem Netzwerk aus Medressen, insbesondere in seiner wichtigsten Medresse, der Islamischen Universität in Mansoora, Lahore, werden jedes Jahr Dutzende von Usbeken, Tadschiken, kaukasischen Muslimen und Uiguren aus der chinesischen Provinz Xinjiang ausgebildet. Die Mehrzahl dieser Studenten hält sich illegal dort auf und ist ohne Papiere eingereist, erhält diese jedoch in Pakistan aufgrund der engen Kontakte des *Jamaat* zu pakistanischen Regierungsstellen.[10] Die pakistanische Regierung hat den zentralasiatischen Republiken mehrfach zugesagt, die Verbindungen und Kontakte zwischen pakistanischen islamischen Parteien und militanten Fundamentalisten in Zentralasien zu unterbinden und Letzteren zu verbieten, illegal in pakistanischen Medressen zu studieren, Islamabad hat es jedoch wiederholt versäumt, derartige Maßnahmen auch in die Tat umzusetzen.[11] Die Regierung in Bischkek plant, kirgisische Studenten im Ausland unter Beobachtung zu stellen, nachdem es Berichte gegeben hat, einige von ihnen hätten sich radikalen islamischen Gruppen angeschlossen. Der kirgisische Staatssicherheitsdienst führt nach eigenen Angaben Akten über 300 kirgisische Staatsbürger, die in Pakistan studieren, von denen sich aber lediglich 25 legal dort aufhalten. Von einigen ist laut Aussagen eines Angehörigen des Sicherheitsdienstes bekannt, dass sie sich den Taliban angeschlossen haben. Etwa 30 sind Mitglieder der IBU. Nach offiziellen Statistiken waren in den letzten Jahren rund 300 kirgisische Staatsbürger rechtmäßig an islamischen Schulen im Ausland eingeschrieben. Mehr als die Hälfte davon besuchen Schulen in Ägypten. Die islamische Universität in Kairo, *Al-Azhar*, genießt sowohl bei der kirgisischen Regierung als auch bei den geistlichen Führern höchstes Ansehen.[12]

---

8 Vgl. Shireen T. Hunter, Iran, Central Asia and the Opening of the Islamic Iron Curtain, in: Roald Sagdeev/Susan Eisenhower (Hrsg.), Islam and Central Asia. An Enduring Legacy or an Evolving Threat? The Center for Political and Strategic Studies, Washington, D.C., 2000, S. 175.

9 Vgl. Victor Panin, Russia, Isl am and the North Caucasus, in: Sagdeev/Eisenhower (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 8), S. 137.

10 Vgl. Ahmed Rashid, Islam in Central Asia: Afghanistan and Pakistan, in: Sagdeev/Eisenhower (Hrsg.), a.a.O. (Anm. 8), S. 231.

11 Vgl. ebenda.

12 Vgl. Sultan Jumagulov, Bishkek security agencies look set to tighten the screws on Kyrgyz nationals studying Islam abroad, in: Institute for War and Peace Reporting, Reporting Central Asia, Nr. 89, 30. November 2001.

In seinem Bestreben, den potentiellen Einfluss islamischer Fundamentalisten auf Zentralasien zu mäßigen, begrüßte der Westen den Aktivismus, den die Türkei in der Region an den Tag legte, übersah dabei jedoch, dass die neuen Länder aufgrund des militanten Atheismus säkularer waren als die Türkei selbst. Die türkische Religionsstiftung *Türk Diyanet Vakfi* (TDV), eine offizielle staatliche Stiftung, steht beim Export eines „weichen und nationalisierten türkischen Islam" nach Zentralasien an der Spitze. Die Türkei ist in Zentralasien sehr aktiv. Vor dem „sanften Staatsstreich" in der Türkei im Februar 1997 war das Direktorat die mächtigste Institution in der Region.[13] Im Gegensatz zu den meisten Prognosen westlicher Politiker fiel der Einfluss des Iran auf den politischen Islam im Vergleich zu anderen Ländern sehr bescheiden aus.

Eine „Erfolgsstory" sei an dieser Stelle unbedingt erwähnt: Das geistige Oberhaupt der Ismaeliten, Karim Aga Khan, und seine Stiftung leisten wichtige Arbeit bei der Entwicklung der Region Berg-Badachschan im Osten Tadschikistans und der Bekämpfung des Drogenhandels in der Region. Durch großzügige finanzielle Unterstützung der Universität in Chorog (Berg-Badachschan) und ihrer Außenstelle in der Stadt Naryn in Kirgisistan erreicht die Hochschulbildung in der Region ein hohes Niveau.

Auf den Straßen der Städte und Dörfer vor allem im Süden der Kirgisischen Republik sieht man seit einiger Zeit wieder verschleierte Frauen. Die meisten von ihnen sind jung und haben sich von Missionaren aus dem Nahen Osten und Pakistan stark beeinflussen lassen. Während die Rückkehr zum Islam vorsowjetischer Prägung als eine Bestätigung der ethnischen Identität betrachtet werden kann, tragen diejenigen Formen des Islam, die von ausländischen Missionaren gepredigt werden, extrem patriarchalische Züge und stehen im Widerspruch zum sowjetischen Verständnis von der Gleichberechtigung der Geschlechter. Einige der Frauen, die auf der Suche nach religiöser Identität lediglich auf männlich dominierte Formen des Islam stießen, sind zum Protestantismus, zum Bahaismus, zu den Zeugen Jehovas und anderen Religionen übergetreten, die keine traditionellen Wurzeln in der Region haben. In einer von Männern dominierten muslimischen Umgebung führt dies unweigerlich zum Konflikt.[14]

Heute konkurriert der Christianisierungsprozess im Norden Kirgisistans mit der Islamisierung des Südens. Verkompliziert wird dieser Sachverhalt noch durch ethnische Trennlinien, die oftmals parallel zu den Abgrenzungen religiöser Gruppen verlaufen. Nach der Erklärung der Religionsfreiheit und der Abwanderung ethnischer Deutscher aus Kirgisistan hat ein neuer Evangeli-

---

13 Vgl. M. Hakan Yavuz, Turkish Identity Politics and Central Asia, in: Sagdeev/Eisenhower, a.a.O. (Anm. 8), S. 208.

14 Vgl. Anara Tabyshalieva, Revival of Traditions in Post-Soviet Central Asia, in: Marnia Lazreg (Hrsg.), Making the Transition Work for Women in Europe and Central Asia, World Bank Discussion Paper Nr. 411, Europe and Central Asia Gender and Development Series, The International Bank for Reconstruction and Development, The World Bank, Washington, D.C., 2000, S. 55.

sierungsprozess der Einheimischen eingesetzt. Dank der großzügigen finanziellen Hilfe westlicher Kirchen sind in allen Gebieten, in denen der Einfluss muslimischer Geistlicher relativ schwach ausgeprägt ist, günstige Bedingungen für die missionarische Tätigkeit entstanden. In der Regel wenden sich neue Christen turksprachiger Herkunft dem Protestantismus zu. In der gesamten Region gibt es derzeit zahlreiche westliche Missionen, die die Einheimischen bekehren wollen. Protestanten und Zeugen Jehovas verzeichnen sowohl bei der städtischen als auch bei der Landbevölkerung große Erfolge. Man kann heute bereits von Tausenden von Kirgisen sprechen, die zum Protestantismus übergetreten sind. Dieses neue Phänomen kollidiert mit der weit verbreiteten Überzeugung, dass die Einheimischen allesamt Muslime sein müssen. Die neu importierten christlichen und muslimischen Gruppen schießen wie Pilze aus dem Boden, auch stößt man vereinzelt auf religiösen Extremismus. So sind in Kirgisistan z.B. mehrfach Unstimmigkeiten darüber aufgetreten, wie kirgisische Protestanten zu bestatten sind, da einige örtliche Gemeinden es ablehnen, sie zusammen mit Vorfahren oder Angehörigen zu beerdigen. Es muss daher dringend ein neues Modell für die Koexistenz religiöser Gruppen in Zentralasien entwickelt werden.[15]

Schlussfolgerungen

IBU und *Hizb ut-Tahrir* agieren getrennt voneinander, jede der beiden Organisationen will ihre eigene Idealvorstellung von einem Kalifat in Zentralasien verwirklichen. *Hizb ut-Tahrir*, IBU und die kommunistischen Parteien propagieren eine Utopie mit dem Ziel, einen einzigen Großstaat zu schaffen. Manche utopischen und egalitären Ideen sind im postsowjetischen Zentralasien nach wie vor lebendig; dazu gehört auch die Vorstellung, dass die heutige Not durch die Errichtung eines neuen Staates mit einem „guten Herrscher“ an der Spitze überwunden werden könnte. Gleichzeitig vermeiden manche politischen Führer, die in der mittelalterlichen Vergangenheit nach geeigneten Vorbildern suchen und Kriegshelden huldigen, jeglichen offenen Dialog mit den Islamisten, die im eignen Land in Erscheinung treten. Junge Leute schließen sich auf der Suche nach neuen Wegen zu sozialer Gerechtigkeit und egalitären Idealen extremistischen religiösen Bewegungen ja gerade aus Protest gegen die alten Werte der Sowjetgeneration, die heutige wirtschaftliche Not und die regionale Desintegration an. Radikale religiöse Parolen werden in Zentralasien und insbesondere im Ferganatal schon heute als politisches Werkzeug benutzt und dienen arbeitslosen jungen Menschen als Ventil für ihre soziale und politische Unzufriedenheit und wahrscheinlich auch als Ausdruck der „Entrussifizierung“ (bzw. Entkolonialisierung). Die Machtlosigkeit der offiziellen muslimischen Geistlichkeit in den Jahren der

15 Vgl. Anara Tabyshalieva, Polarization of Religious Communities, Center for Political and Strategic Studies (USA), unter: http://www.cpss.org/casianw/perca0697.txt

Sowjetherrschaft - die aufgrund der derzeitigen Regierungspolitik auch heute fortbesteht - führt dazu, dass die junge Generation gegen religiösen Extremismus nicht gefeit ist.
Auch wenn islamischer Extremismus in Kirgisistan noch nicht ernsthaft auf dem Vormarsch ist, könnte er in naher Zukunft größeren Einfluss im Ferganatal, insbesondere im kirgisischen Teil, gewinnen. Zu den Gründen, die hierfür verantwortlich wären, gehören eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards, fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten für die Bevölkerung, die Unterdrückung der Muslime im benachbarten Usbekistan und in Kirgisistan selbst, die Schwäche der offiziellen Geistlichkeit sowie die Rückkehr Hunderter von Studenten, die im Nahen Osten und in Pakistan ausgebildet wurden. Die größere Religionsfreiheit in Kirgisistan erlaubt es den jungen Menschen, ihre radikalen Ideen offen und im Vergleich zu Usbekistan mit weniger Angst zum Ausdruck zu bringen. Der fehlende politische Wille der drei Staaten, unter denen das Ferganatal aufgeteilt ist, die zahlreichen Probleme in ihrem die größte Bevölkerungsdichte aufweisenden „Hinterhof“ zu lösen, trägt erheblich zur Radikalisierung islamischer Gruppen in dem Gebiet bei. Die erst vor kurzem von der usbekischen Regierung verhängten Beschränkungen des freien Personenverkehrs in der Region sowie die zunehmende Korruption in den Strafverfolgungsbehörden und den Zollämtern verschärfen die wirtschaftliche Not der Einheimischen und machen die panislamischen Parolen der *Hizb ut-Tahrir* oder der IBU für die Händler und Kaufleute im Grenzgebiet, aber auch für Arbeitslose umso attraktiver. Die negativen Auswirkungen der Diktaturen in der Region reichen weit über die Grenzen Zentralasiens hinaus. Die Unterdrückung der Muslime in Usbekistan unter dem Vorwand der Bekämpfung von religiösem Terrorismus könnte sich als eine gefährliche, die gesamte Region destabilisierende Politik erweisen. Die usbekische Führung verletzt die Rechte der Muslime und der *Hizb ut-Tahrir*-Aktivisten auf infame Weise, so dass einige sich gezwungen sahen, in die Nachbarländer Kirgisistan und Tadschikistan zu fliehen. Gleichzeitig entführten usbekische Polizisten mehrfach kirgisische Bürger ethnisch usbekischer Herkunft auf kirgisischem Territorium und brachten sie in usbekische Gefängnisse. Darüber hinaus wurde unter dem Vorwand der Bekämpfung von religiösem Terrorismus das Land entlang der usbekisch-kirgisischen Grenze, die teilweise umstritten ist, vermint, was in einem Fall zum Tod und bereits mehrfach zur Verletzungen der Einheimischen - kirgisischer Bürger - geführt hat, ganz zu schweigen von den zahlreichen Fällen getöteten Viehs.
Die Rolle des Islam im regionalen Kontext wird zu oberflächlich betrachtet. Die derzeitige Debatte ist zu eng und konzentriert sich auf Extremismus und religiösen Terrorismus, was einer fast krankhaften Furcht vor dem Islam Vorschub leistet. Politischer Islam in Zentralasien, so auch in Kirgisistan, muss vor dem Hintergrund zahlreicher Probleme auf internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene gesehen werden. Zwischenstaatliche Spannungen über die Verteilung von Wasser und Energie, über Grenzen und

Landstriche, der Kampf regionaler Eliten innerhalb eines Landes um Macht und Ressourcen, Streit zwischen verschiedenen Gruppen lokaler muslimischer Geistlicher - all diese Dispute nutzen eine Bedrohung durch den politischen Islam aus. Aus verschiedenen Gründen gelingt es den Politikern, das „Feinbild - religiöse Terroristen“ zu zeichnen, indem sie religiösen Fundamentalismus und Extremismus miteinander vermischen. Die übertriebene Darstellung des Einflusses, den der politische Islam auf die Gesellschaft hat, lenkt von der Enttäuschung der Menschen über die Wirtschaftspolitik, der zunehmenden Armut, der Korruption und den Menschenrechtsverletzungen in der zentralasiatischen Region ab. Erfolgreiche Wirtschaftsreformen und die weitere Demokratisierung der Gesellschaft werden die entscheidenden Faktoren bei der Verhütung eines „hausgemachten“ religiösen Extremismus sein. Die OSZE und andere internationale Organisationen sollten sich systematischer mit der regionalen Dimension des politischen Islam in Zentralasien befassen und gleichzeitig die wirtschaftliche und politische Transformation fördern.